

Zeit für einen Schulterchluss

Sina Aaron Moslehi

Seit Jahren beschäftigt die Notwendigkeit einer Reform der Juristenausbildung die juristische Welt. Ergebnis der vielfach geführten Diskussionen und abgegebenen Stellungnahmen ist meist ein Gemenge von klugen Ideen. Ihre Umsetzung bleibt jedoch stets aus.

Weshalb sich die politisch Verantwortlichen nicht dazu bequemen, aktiv zu werden und konkrete Schritte einzuleiten, bleibt im Dunkeln. Dieses konsequente Versäumnis sollte die Rechtswissenschaft im weiteren Sinne dazu bewegen, sich zusammenzuschließen, um mit Nachdruck eine grundlegende Reform zu fordern und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Dies gilt insbesondere für Studierende und Lehrende, die schließlich tagtäglich mit den Defiziten des Ausbildungssystems konfrontiert sind. Vollkommen zu Recht hat der Regensburger Hochschullehrer Henning Ernst Müller vor Kurzem auf Twitter einen Schulterchluss zwischen Studierenden und Professoren in den Raum gestellt. Ein solches Bündnis, eine mutige und laute Interessensgemeinschaft, ist dringend nötig. Es wäre eine Verschwendung, das Potenzial nicht endlich zu nutzen, um auf dieses bedeutende Anliegen aufmerksam zu machen, das Generationen von Juristen umtreibt. Die Studierenden und Professoren würden wechselseitig von ihren Erfahrungswerten zehren und könnten gewiss ausgewogene Reformvorschläge unterbreiten. Denn wer sollte einen besseren Blick für die Ausgestaltung einer Reform haben?

Aufeinander zugehen

Vielleicht könnte ein solcher Schritt auch dazu beitragen, dass die – manchmal reale, manchmal nur gefühlte – Barriere zwischen Studierenden und Professoren aufgeweicht wird, so dass beide Seiten im Interesse von Lehre und Wissenschaft zukünftig öfter aufeinander zugehen. Anzuerkennen ist zwar, dass innerhalb eines Zusammenschlusses zwischen Studierenden und Professoren keine vollkommene Homogenität zu erreichen ist. Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, dass es eine weitgehende Einigkeit über die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuordnung der Juristenausbildung gibt. Mögliche Meinungsverschiedenheiten der Akteure beziehen sich allenfalls auf Nuancen der konkreten Ausgestaltung.

So ist bereits jetzt abzusehen, dass die erdrückende Stoffmenge, deren Kenntnis für die Prüfungen erwartet wird, einer Reform keineswegs standhalten kann – und darf. Bedenkenträgern, die einwenden, eine Reduzierung des Examenstoffs führe dazu, dass die juristische Ausbildung zu einfach werde, sei entgegnet:

Kürzte man den examensrelevanten Lernstoff gar um die Hälfte, hieße das nicht zwangsläufig, dass das Studium weniger anspruchsvoll würde. Das Aneignen von Systemverständnis, das Schärfen von Argumentationskraft, das Lernen von Grundlagenwissen ist nicht unbedingt leichter als das, was den Studierenden zurzeit abverlangt wird – etwa das Auswendiglernen von Details und die Falllösung unter Zeitdruck.

Eines wäre eine hierauf gerichtete Juristenausbildung aber auf jeden Fall: aufgeklärter, praxisbezogener und sinnhafter, vor allem aber des Anspruchs und Könnens aller Akteure würdiger. Dies hat bereits die Juraprofessorin Katrin Gierhake äußerst treffend dargelegt (NJW-aktuell H. 15/2019, 3). Maßnahmen wie die Erhöhung der Regelstudienzeit auf zehn Semester reichen hierfür nicht aus (NJW-aktuell H. 18/2019, 19). Sie sind gerade nur deshalb vonnöten, weil fundamentalen Defiziten im Ausbildungssystem nicht abgeholfen wird. Es wäre bedauerlich, wenn sich Studierende und Professoren mit solchen Feigenblättern zufriedengeben würden. Werden sie jedoch gemeinsam aktiv, müssen sie sich eins vor Augen führen: Fänden ihre Forderungen Gehör, würde es also eine Reform nach ihren Vorstellungen geben, dürfte dies nicht das Ende des Engagements bedeuten.

Gerade dann müssten beide Seiten aus dem Trott des universitären Alltags, den man allzu oft beobachten kann, herauskommen. Dann dürfte es keine Vorlesungen im buchstäblichen Sinne mehr geben, kein unmotiviertes Ablesen von Folien, keine schlecht geschriebenen Skripte. Professoren müssten mehr Mut haben zu unkonventionellen Lehrmethoden, zu mehr Praxisbezogenheit, offenen Diskussionen und anregenden Seminaren. Studierende müssten ihre Fakultät mehr als einen Ort der Selbstverwirklichung wahrnehmen, Lehrveranstaltungen nicht als lästige Pflicht auffassen, mehr Mut zur Kritik an bestehenden Strukturen haben und sich trauen, idealistisch und unbequem zu sein. Vor alledem steht jedoch erst das Schaffen der Voraussetzungen. Das geht nur mit einer großen Reform – in Bewegung gebracht von Studierenden und Professoren. •

Sina Aaron Moslehi studiert an der Uni Hamburg und ist Chefredakteur der studentischen Fachzeitschrift „Hamburger Rechtsnotizen“